

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonntag und festlichen Tagen... Der Preis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für sechs Monate 12.00 M., für ein Jahr 24.00 M., für ein Vierteljahr 6.00 M., für ein Monatsheft 2.00 M.

Die abgesetzten Honorarblätter oder deren Raum kostet 4.- M., einschließlich Zustellung... Die Redaktion ist in Berlin, Unter den Eichen 10, im 1. Stockwerk.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Frontbund rüstet!

##### Die Schwerindustrie spendet Millionen.

Der Frontbund, die in Paderborn gegründete Organisation der Gegenrevolution, hat gestern in Berlin in den Wilhelmshallen am Zoo eine Delegiertenversammlung abgehalten, die von 21 Vertretern aus allen Gegenden Deutschlands besucht war. Die Tagung wurde durch Hauptmann v. Pfeffer geleitet, der rundheraus erklärte, daß die Gelder für den Frontbund von der Schwerindustrie geliefert werden. Dem Frontbund müssen ungeheure Geldmittel zur Verfügung stehen, denn die Delegierten wurden insgesamt 6000 M. Delegationskosten ausgezahlt. Einige der Vertreter waren von ihren Dienststellen amtlich abgeordnet, so von der Reichswehrbrigade VII in Coblenz, die schon bei der Tagung des Frontbundes in Paderborn den Besuch durch Parolebefehl angeordnet und die Kosten dafür aus Staatsmitteln entnommen hatte. In der Tagung nahmen auch zwei Werber vom Freikorps Lübow teil. Hauptmann Pfeffer erklärte einem dieser Werber, wenn das Geld ausgehe, so könne er sich nach einige tausend Mark abheben. Die Zentrale des Frontbundes, die sich bisher in Paderborn befand, soll Anfang Juni nach Berlin verlegt werden und am 2. Juni soll eine große Versammlung in Potsdam stattfinden. Das Reichswehrministerium war von der geheimen Tagung des Frontbundes in Kenntnis gesetzt worden. Es schickte den Hauptmann von Rabenau mit drei Reichswehrsoldaten nach den Wilhelmshallen, um zu ermitteln, welche Zwecke die Tagung verfolgte. Hauptmann v. Rabenau ließ sich aber hinter Nicht führen. Er nahm seine Durchsichtung der Leute vor und konnte auf diese Weise seine nicht entdecken, daß die auf der Konferenz anwesenden Werber für das Freikorps Lübow mit gefälschten Blankoausweisen und Urlaubsscheinen reichlich versehen waren.

Die Feststellung, daß der Frontbund von der Schwerindustrie finanziert wird, ist höchst merkwürdig, denn aus ihr geht ganz klar hervor, welche Ziele der Frontbund verfolgt. Alles deutet auf eine planmäßige Organisation der reaktionären Truppenteile hin, die bei dem kommenden putsch in Aktion treten sollen. Die entlassenen Soldaten werden in Zusammenhang mit den bevorstehenden Ereignissen durch Bestimmungsbefehle wieder zusammenberufen. Nach Pommern fahren täglich ganze Scharen dieser Leute, die außer den Fahrtkosten 500 Mark Reisegeld erhalten haben, damit sie recht schnell an Ort und Stelle ein-

treffen können. Zur Zeit werden besonders in der Gegend von Stettin und Stralsund Volksturmen zusammengezogen. Sie kommen aus allen Teilen des Reiches.

General v. Watter, der seines Dienstes enthoben ist, hat in Westfalen immer noch die militärischen Fäden in der Hand. Er residiert nach wie vor im Schloß in Münster, benutzt Dienstautos und hat ein Privatbureau eingerichtet, in dem neben vier Offizieren ein zahlreiches anderes Personal Tag und Nacht arbeitet. Zwischen dem Bureau des Generals Watter und dem Frontbund bestehen die engsten Beziehungen, denn der Leiter des Watterschen Bureaus, Hauptmann von Bod, ist der rührigste Agitator für den Frontbund. Daß die militärischen Stellen einen großen Schlag vorbereitet, geht auch aus folgendem Schreiben hervor, das der Hauptmann Steber an die früheren Volksturmsoldaten verspricht:

Beim Abschiede versprach ich Ihnen, Sie alle wieder zusammenzurufen, wenn es und möglich sein würde, weiter im deutschen Sinne zu arbeiten. Ich glaube, diese Gelegenheit wird sich in der nächsten Zeit bieten. Ich beabsichtige gemeinsam mit anderen alten Volksturmkämpfern mich an dem Soldatenbildungsunternehmen zu beteiligen, das mit Unterstützung der preussischen Regierung und des Reichswehrministeriums im Gange ist. Unter Umständen kommt auch ein Siedlungsunternehmen im Ausland in Frage. Zu diesem letzten Punkte allerdings nur Kriegsbrauchbare Leute in Frage kommen, die möglichst auch ihre eigene Ausrüstung und Waffen mitbringen müssen, da in der vorgedachten Gegend noch mit Kampfverhältnissen zu rechnen ist. Für die erste Zeit ist deshalb militärische Ausrüstung und Verpflegung vorzugeben, die besser sind als die augenblicklichen Sätze in Deutschland.

Hoffe Sie sich an unserem gemeinsamen Unternehmen beteiligen wollen, senden Sie Ihre Adresse sowie auch gleich ein lannener Kammeraden an die S. R. O. A., 4. Bar. Agt., Brunnenlager, Weißbleichstraße, 47. R. St.

Sie werden dann zur gegebenen Zeit näheres erfahren. Beide Unternehmen kommen für Anfang Juni in Frage. ges. Steber.

Hauptmann Steber schiebt den Siedlungsplan natürlich nur zum Schein in den Vordergrund. In Wirklichkeit will er seine Leute zusammenrufen, damit sie bei dem Unternehmen „Anfang Juni“ zur Stelle sind. Weis die Regierung nach all diesen Tatsachen wirklich noch nicht, was gespielt wird?

#### Die Regierung beobachtet.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Müssen wir wirklich blind dem Abgrund zutaumeln? Hat denn in Deutschland niemand etwas aus den Ereignissen gelernt? Verurteilt politische Einseitigkeit in der deutschen Welt noch immer zur Rolle des Predigers in der Wüste?

Die Regierung läßt erklären, daß sie die Gefahr des Rechtsputsches für übertrieben hält, aber mit großer Aufmerksamkeit alle Vorgänge beobachtet. Den ersten Teil der Erklärung haben wir bis zum Tage des Rapp-Putsch bis zum Ueberfließ vernommen. Der zweite Teil mag neu sein, ist deshalb aber noch nicht sehr beruhigend.

Vermeint die Regierung, daß mit Beobachtungen etwas getan sei? Nicht das ist die Frage, sondern ob sie aus diesen Beobachtungen Schlussfolgerungen ziehen will oder vielmehr ziehen kann. Denn um das Können, nicht um das Wollen handelt es sich schließlich in der Politik.

Wie ist die Situation? Diese Regierung hat keine zuverlässige reale Macht. Die militärische Macht ist heute wieder wie vor dem Rapp-Putsch ein wesentlich selbständiger Organismus, geleitet von Offizieren, gewollt, ihre Offizierspflicht unter allen Umständen und gegen jedermann zu verteidigen, erfüllt mit reaktionären, monarchischen Ideen und unfähig, die politische Tragweite ihrer Handlungen zu beurteilen. Moralisch ist diese Geisteswelt allmählich auf ein erschreckendes Niveau gesunken. Die Organisation der Lockhitelei, die Ermordung ihrer mißliebigen Personen und die Solidarität, die den Würdigen zur Strafkraft verhilft, beweisen ihre Grausamkeit und Tüde.

In der Zivilverwaltung sieht es besser aus. Aber der Einfluß der alten Bureaucratie ist noch überaus stark, und ihre Sympathien gehören durchaus den reaktionären Wiederherstellungsversuchen.

Was tut nun die Regierung? Sie beobachtet, sie handelt nicht. Der Reichskanzler Müller läßt sich die Besorgnisse, die er manchmal hegt, vom Staatssekretär Albert zerstreuen, der dafür sehr geeignet ist. Herr Albert ist sehr gewandt und liebenswürdig, nur leider ein Mann des alten Systems, der sehr still und folgerichtig zu wirken weiß, aber durchaus nicht im Sinne der Befreiung der republikanischen Einrichtungen. Und was Herr Albert im Präsidium, das sind die Geheimräte Jacobi und Lewald für Herrn Koch, den demokratischen Minister des Innern.

Das schlimmste aber sind die Zustände im Reichswehrministerium. Herr Gehler hat den Ruf eines tüchtigen kommunalen Verwaltungsbeamten mitgebracht, in seinem Ministerium aber hat er vollständig versagt. Sein Versagen ist zunächst nicht seine persönliche Schuld allein. Es ist eine Folge der Regierungspolitik. Der Rapp-Putsch hätte für die weitere politische Entwicklung segensreich sein können, wenn der Sieg der Arbeiterschaft von einer gewissen Regierung verfolgt und ausgenutzt worden wäre. Die Autorität der Generale war durch den Putsch zunächst völlig gebrochen. Gegen ein energisches Vorgehen wäre damals ein Widerstand nicht möglich gewesen.

Die Arbeiterschaft hat in ganz richtiger Erkenntnis als eine der Mindestforderungen zur Beendigung des Generalstreiks die militärische Reorganisation gefordert. In doppelter Hinsicht. Einmal mußten organisierte Arbeiter in die militärischen Formationen eingereiht und dann die Führung, insbesondere die oberste Leitung, absolut zuverlässig besetzt werden. Gerade diese Forderung aber wurde von den Führern der politischen Regierungsparteien sabotiert. Ebert und Bauer suchten zunächst Koche persönlich zu halten. Nachdem dies mißglückt war, blieb aber das System erhalten. Man scheute sich eben, die gefälligen Traditionen des Militarismus anzutasten. In Oesterreich hat man eine republikanische Armee geschaffen aus organisierten Arbeitern, hat einen Sozialdemokraten, obwohl er es nur bis zum Leutnant gebracht hatte, zum Kriegsminister, und eine anderen zum Oberkommandierenden gemacht, der freilich in der alten Armee nur ein Hauptmann gewesen war. In Deutschland darf man an so Entschickendes gar nicht denken. Hier tut man es nicht unter Dugenern von Generalen, obwohl die weitaus bedeutendere säkularistische Milizarmee bis zum Kriege nur einen Obersten als Oberkommandierenden hatte, der erst im Kriege zum General ernannt wurde. Dort tut's ein General, bei der deutschen Revolutionarmee braucht man neben einer Schar von Generalen eine Anzahl höherer Offiziere — ebensoviele Vorläufer für die militärische Restauration. Weiß man, daß heute noch die zentrale Heeresverwaltung in 1050 — in Buchstaben; einleitend und fünfzig — Zimmern amtiert, etwa 600 im Kriegsministerium und 400 in der Penderstraße? Läßt man noch dem Kaiserreich die

#### Erste Lage in Ostpreußen.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Rainigberg, 28. Mai.

Ostpreußen steht vor schweren Ereignissen. Der Reichs- und Staatskommissar Borowski erklärte in einer Ansprache die Lage für äußerst ernst. Er habe sich lange Sorgen gemacht, an die Möglichkeit eines Reichsputsches zu glauben, sei aber jetzt sehr davon überzeugt, und fürchte fast täglich den Ausbruch. Auf dem Lande sind überall zahlreich Waffen versteckt. Erst in den letzten Tagen hat der Staatskommissar auf einem kleinen Gute 50 Maschinengewehre, auf einem anderen 30 Maschinengewehre beschlagnahmt. Eine gründliche Durchsuchung der Güter kann der Staatskommissar nicht vornehmen, da es ihm an polizeilichen Hilfskräften fehlt. Das Reichswehrkommando bringt die zu entlassenden Soldaten mit Hilfe seiner Wirtschaftsteilung auf den Gütern unter, wo sie in den Besitz der Waffen gelangen und in die Einwohnerwehren eingereiht werden. Die Einwohnerwehren haben in Ostpreußen überall große Waffendepots, sie halten in einzelnen Orten regelrechte militärische Übungen ab, und verrichten z. B. in List militärischen Dienst. Auch die einzelnen Angehörigen der Einwohnerwehren haben Waffen in ihrem Privatbesitz. Auf dem Lande sind auch Volkstürme und große Teile der ausgeübten Freikorps in geschlossenen Trupps untergebracht. Neu angeworbene Soldaten streifen dauernd nach Ostpreußen. Alle diese Organisationen sind zusammengesetzt im Reichswehrgruppenkommando I unter der Leitung des Generals von Dassel. Die Sicherheitspolizei, die der Polizeipräsident Lüdtke nur organisiert, ist fast wertlos. Sie ist zum großen Teil ohne Waffen und muß diese bei der Reichswehr entnehmen.

#### Die Unruhen in Oberitalien.

Rom, 27. Mai.

Die „Corriere della Sera“ meldet, daß die Unruhen in Trient an. Es kam zu weiteren Aufstößen und Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei; einer der ersten wurde getötet. In Livorno wurde ein Hauptmann der Sicherheitspolizei und ein Demonstrant verwundet. Am Mittwoch konnte in Udine nur ein einziger Zug unter militärischer Bedeckung abfahren. Der internationale Verkehr

ist unterbrochen. Auf den größeren Bahnhöfen lagern gewaltige Mengen Lebensmittel, während sich in größeren Städten bereits das Fehlen des Mehl und anderer Lebensmittel fühlbar macht.

#### Der russische Vormarsch.

T. U. Kopenhagen, 28. Mai.

Die Moskauer Regierung sandte an Litwinow folgendes Telegramm vom 28. Mai: Nach siegreichem Vormarsch haben wir Borislaw eingekommen. Unser Vormarsch gegen Polen vollzieht sich schnell. In der Ukraine wird die Gegenoffensive erfolgreich fortgesetzt.

Die „Krasnoja Gazeta“ teilt weiter mit, daß die Kommunisten auf einer Konferenz in Moskau beschlossen haben, sich mit den Kommunisten zu vereinigen und ihre eigenen Organisationen aufzulösen.

#### Beginn der russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

T. U. Helsinki, 28. Mai.

Die finnische Regierung machte der Räteregierung den Vorschlag, die finnisch-russischen Friedensverhandlungen am 10. Juni in Dorpat zu eröffnen.

#### Wilson's Veto gegen den Sonderfrieden.

New York, 27. Mai.

Präsident Wilson hat gegen die Vorschläge aus dem Repräsentantenhaus zusammengesetzene republikanische Entschickung zugunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland und Oesterreich sein Veto eingelegt.

#### Die Schwerindustrie kauft weiter Zeltungen.

Die Nachricht von dem Kauf der „Rheinischen Volkszeitung“ durch den Schwerindustriellen Wolff in Köln wird bestätigt. Dieselbe Firma hat jetzt auch das Nachrichtenbureau Dr. R. Dammer in Berlin, das den Nachrichtenendienst für eine Reihe von auswärtigen Ländern besorgt, erworben. Es gerät die deutsche Öffentlichkeit immer mehr in die politische Abhängigkeit der Schwerindustriellen.

Kisten und unentbehrlichen Kommandokassen mit harten Republikanern besetzt — und die waren vorhanden —, so wäre das entscheidende Problem unserer inneren und ein Hauptproblem unserer äußeren Politik im wesentlichen zur Lösung gebracht worden. Die Regierung hat diese Lösung bereit, und gerade die rechtssozialistischen Minister haben der Forderung der Arbeiterorganisationen Widerstand geleistet.

Die notwendigen Folgen sind eingetreten. Die Generale haben die Reichswehr in ihrem Sinne wieder reorganisiert, das Koskessystem ohne Koske — der Dummkopf war ja stets nur geistiges und verachtetes Werkzeug — ist wiederhergestellt. Die Regierung hat den unglaublichen Fehler Koskes also nochmals wiederholt.

Mit viel weittragenderen Folgen! Das Ergebnis des Kapp-Putschs und des Generalstreiks ist eine außerordentliche Verhärtung der politischen Stimmung. Die beiden einander gegenüberstehenden Lager haben ihre Kräfte gemessen. Das Machtbewußtsein der Arbeiterklasse ist gewachsen und ebenso ihr politischer Wachsthum.

Auf der anderen Seite hat die Reaktion ebenfalls aus den Ereignissen ihre Lehren gezogen. Sie führt das Mißlingen des Kapp-Putschs wesentlich auf die ungenügende Vorbereitung zurück und auf mangelnde Energie gegen die streikende Arbeiterschaft. Diese Fehler will sie vermeiden. Sie trifft deshalb umfassende Organisationsarbeiten. Ihr Stützpunkt ist die bayerische Regierung, ein Gefäß des Generals von Moll. Sie hat damit eine wichtige Machtposition in der Hand, sie beherrscht damit — praktisch unabhängig von der Reichsregierung — die Verwaltung des weitgrößten Bundesstaates. Von da aus sucht sie Stützpunkte in der zivilen Verwaltung, besonders der reaktionären Provinzen Preußens, in Ostpreußen, Pommern, Schlesien. Die Vorbereitungen wurden gefördert vor allem durch die agrarischen Organisationen — der enge Zusammenhang zwischen Agrariern, Bürokratie und Offizierskorps ist bekannt — und von Großindustriellen. Während der Kapp-Putsch wesentlich ein militärisches Abenteuer war, haben wir es jetzt mit einer politisch sorgfältig vorbereiteten Unternehmung zu tun, wobei es höchstens fraglich bleiben kann, ob die politische Leitung, die zu mindestens in enger Fühlungnahme mit den deutschnationalen Parteileitungen vorgeht, bis zum Schluß die Fäden in der Hand behält.

Was tut nun Herr Schuler, der die Hauptverantwortung für diese ganze Entwicklung trägt? Er hat sich in seinem Ministerium durch die Neuorganisation alle Macht aus der Hand nehmen lassen. Er ist heute etwas jüngerer Dasein geworden, was Koske gewesen ist, ein Werkzeug der Generalität, deren Maßnahmen er immer wieder deckt. Er hält weinerliche Reden, kann aber weder die Einsetzung monarchistischer Offiziere, noch die Ausmerzungen republikanischer Mannschaften verhindern. Und die Ermordung des Kavallerieleitnants Paasche hat gezeigt, daß selbst dieser Brauch aus den Kosketagen wieder auflebt, daß Herr Schuler nicht einmal Mordtaten zu verhindern die Macht hat.

So stehen die Dinge. Und die Regierung, die nach ihrer Versicherung „genau beobachtet“, wird wohl mit uns der Meinung sein, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann. Schließlich würde es in der inneren Politik nicht anders gehen, als in der auswärtigen. Die Gewebe werden eines Tages von selbst losgehen, und dann ist das Chaos da. Denn so einfach wie beim Kapp-Putsch würde es zum zweitenmal nicht ablaufen. Diesmal käme es wirklich zu einem großen verbererenden Brand. Die wirtschaftlichen und die außenpolitischen Folgen eines langen währenden Bürgerkrieges brauchen nicht ausgemalt zu werden. Die wird wohl auch die Regierung begreifen. Aber die Koalitionsregierung ist gelähmt, sie gleicht dem Wogelchen, das, von dem Bild gebannt, auf die Säge läuft, die es zerhacken will.

Und die Parteien? Es ist vielleicht die folgenschwerste Folge der Koskepolitik, daß sie vielleicht überhaupt jede Politik unmöglich gemacht hat. Das gewalttätige Niedertrampeln der revolutionären Bewegung hat die bürgerlichen Parteien in den Glauben verkehrt, sie könnten der Arbeiterschaft jede wesentliche Konzession verweigern, das Militär werde sie schon schützen. Als sie bei dem erstmaligen Zusammenbruch des Systems während des Generalstreiks die Macht der Arbeiterklasse anerkennen mußten, hatten sie nicht eifriger zu tun, als die Wiederherstellung dieses Systems zu beschleunigen. Indem sie sich aber auf die Gewalt zu stützen glaubten, haben sie damit in Wirklichkeit nur die Gefahr schwerster gewaltsamer Erschütterungen hervorgerufen. Die Rechtssozialisten aber haben diese Politik mitgemacht, und es ist keine Entlastung, wenn sie ihre Folgen unabweisbar bekennen.

Es es aus dieser Situation einen Ausweg gibt, ob der Versuch eines gewalttätigen Umsturzes von rechts aufzuhalten sein wird, ist fraglich. Wenn ja, so läme es jetzt darauf an, nicht zu drohen, sondern zu verändern. Die Arbeiterschaft müßte in den Stand gesetzt werden, durch Einwirkung in die militärischen Formationen eine Macht zu bilden, die groß genug wäre, um alle Putschpläne auszuhebeln zu können. Sie müßte durch weitgehende Konzessionen, durch Erfüllung ihrer Mindestforderungen davon überzeugt werden, daß — der harte Widerstand gegen ihre Forderungen ausgedauert werde. Aber dies bliebe, politische Einsicht bei den Parteien und der Regierung voraussetzen, und diese Voraussetzung ist wohl unzulässig. Daher wird unsere Regierung „weiter beobachten“ und „nicht besonders befragen“ sein.

Die Hamburger Eisenbahnwahlen ergaben für die Liste der K. S. P. 98 Mandate, für die Rechtssozialisten 1136 und für die Unpolitischen Listen 244 Mandate.

Die Dresdener Kommunisten. Wie hallos die Gerüchte über linksradikale Putsche in Breslau sind, beweist die Tatsache, daß die dortigen Kommunisten für ihre Wahllisten noch nicht einmal 50 Unterschriften aufbringen konnten.

Hölg wird doch ausgeliefert. Die Meldung der Telegraphen-Anstalt aus Dresden hat sich als falsch erwiesen. Wie dem Dresdener Berichterstatter des „Tag“ von zuständiger Stelle erklärt wird, ist die Mitteilung, daß Hölg nicht ausgeliefert werde, und daß sich angeblich der tschechische Justizminister in diesem Sinne geäußert habe, vollkommen unzutreffend. Die tschechische Regierung hat die amtliche Mitteilung erhalten, daß Hölg zwar nicht wegen seiner politischen Vergehen, wohl aber wegen seiner gemeinen Verbrechen — Mordtaten, Brandstiftung usw. — ausgeliefert werden soll.

## Krupp baut neue Kanonen.

Nachforschungen der französischen Behörden haben ergeben, daß bei Krupp in Essen noch in letzter Zeit 75-Millimeter-Geschütze fabriziert wurden. Der Direktor entschuldigte sich damit, es handle sich nur um die Ergänzung alten Materials innerhalb der im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzen. Es wurde jedoch befohlen, die gesamten Erzeugnisse zu vernichten, und es soll jetzt eine strenge Aufsicht ausgeübt werden. Auf eine Anfrage der „Frankfurter Zeitung“ hat die Firma Krupp mitgeteilt, daß es sich um einen von der „zuständigen Stelle“ erteilten Auftrag zur Fertigstellung einer geringen Anzahl Infanteriegeschütze für die Reichswehr handelt. Die französische Meldung sei nichts weiter als eine auf Stimmungsmache berechnete sensationelle Aufschauung „eines an sich völlig harmlosen und bedeutungslosen Vorganges“.

Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß es sich bei diesem Auftrag der „zuständigen Stellen“ um nichts anderes handelt als um einen im geheimen durchzuführenden Plan, die Bewaffnung der Reichswehr weiß über das Maß durchzuführen, das der Friedensvertrag gestattet. Der Vorgang ist aber auch aus anderen Gründen furchtbar. Er zeigt, daß mit den Geldern der Steuerzahler wußt darauflos gewirtschaftet wird, ohne daß das Parlament befragt wird und ohne daß auch die verantwortliche Leitung des Reichswehrministeriums von diesen Dingen eine Kenntnis zu haben scheint.

Die militärischen Verschwörer machen eben was sie wollen, und kümmern sich den Teufel darum, was die Männer in den Regierungsjesseln anordnen. Und diese sehen diesem Treiben aus Furcht vor der Arbeiterklasse so lange schweigend oder duldsam zu, als nicht die Entente mit der eisernen Faust dazwischenfährt.

## Uebertreibung der bolschewistischen Gefahr.

London, 28. Mai.

Kolonien meldet: Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht verlässliche Dokumente aus der deutschen Reichskasse, in denen die Behörden dem Paasche Androhung geben, die Presse möge die bolschewistische Gefahr übertreiben, damit Deutschland mehr Kriegsmaterial, namentlich Automobile, sowie schwere großkalibrige Geschütze zugehandelt erhalte. Im Falle einer Mobilisierung werde die Reichswehr die Andros stellen.

Offiziell wird dazu erklärt, daß diese Androhung erfunden sei, doch kann es wohl keinen Zweifel unterliegen, daß deutsche Behörden nach der in der Meldung angegebenen Art gearbeitet haben. Die militärischen Nachrichtenstellen haben ja nie einen anderen Zweck gehabt.

## Baltikum als Versammlungsort.

Aus Pommern wird uns geschrieben: In einer in Trepow a. Rega togenen Versammlung der Landarbeiter erschien ein Trepow-Baltikumer, der vom Pommerschen Landbund beauftragt war, die Versammlung zu sprengen. Die Baltikumer standen unter dem Kommando von zwei Offizieren. Als in der Diskussion ein Vertreter des Landbundes das Wort ergriff und seine Ausführungen von den versammelten Landarbeitern zurückgewiesen wurden, erhob zum Zeichen des Angriffs ein Offizier einen Stuhl, worauf ein furchtbarer Sturm entbrach. Die Baltikumer, etwa 40 bis 50 Mann, zogen die Revolver, schlugen mit Gummiknüppeln und Stöcken mit Dolchmessern um sich, wodurch eine Anzahl Leute verletzt wurde. Dem energischen Eingreifen der Landarbeiter gelang es, einen Teil der Revolver zu entwaffnen, festzunehmen und der Polizei zu übergeben. Bei der Vernehmung der Verhafteten wurde festgestellt, daß die Baltikumer aus Kammin in die Versammlung dirigiert worden waren. Sie hatten für die Versammlungsprengung vorher einen größeren Posten Geld erhalten.

Die Mütungen der pommerschen Agrarier gehen weiter. Bei einem Brande in Trepow wurden letzten bei einem Landwirt eine große Menge Waffen, Handgranaten und Maschinengewehrmunition gefunden.

## Lazarettinsassen sind wahlberechtigt.

Auch Angehörige der Abwiltungsstellen.

Da bei den unteren Behörden vielfach Zweifel über die Wahlberechtigung von Lazarettinsassen und Angehörigen der Abwiltungsstellen und des Heimkehrerdienstes bestehen, hat der Reichsminister des Innern folgendes Reichsdiensttelegramm an die Landesregierungen gerichtet:

Im Nachgang zum Rundschreiben vom 29. April 1920 — IA 4838 —, betreffend Ausübung des Wahlrechts durch Soldaten wird nochmals betont, daß zu den Soldaten im Sinne des Reichswahlgesetzes nur Angehörige der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Reichsmarine im Sinne der durch Gesetz vom 31. März 1920 in ihrer Gültigkeitsdauer verlängerten Gesetze vom 6. März und 18. April 1919 gehören, soweit sie nicht die Eigenschaft von Militärbeamten haben. In Militär Lazarettinsassen untergeordnete Angehörige des alten Heeres sowie die erst jüngst und dem Ausland zurückgekehrt und noch in Sammellagern befindlichen Kriegsgefangenen sind daher wahlberechtigt, es sei denn, daß sie zum neuen Reichsheer oder zur neuen Reichsmarine übergetreten sind. Dergleichen sind wahlberechtigt die Angehörigen der Abwiltungsstellen und des Heimkehrerdienstes, da diese keine militärischen Stellen im Sinne der Reichswehrorganisation sind. Angehörige der staatlichen Sicherheitspolizei sind Landesbeamte, keine Soldaten. Auch der Reichswahlgesetz zählt nicht zur Wehrmacht, seine Angehörigen daher wahlberechtigt. IA 4838.

## Die Steuerdrückbergerei der Besitzenden.

Die Dresdener Bank versendet an ihre Kunden Schreiben folgenden Inhalts:

Angesichts der neuen 10-proz. Kapitalertragssteuer, die auch Zinsen aus Bankguthaben betrifft, werden Sie bereits erwogen haben, wie Sie der drohenden neuen Schwärzung Ihres Einkommens vorbeugen könnten, unbeschadet der Sicherheit der Anlage. Hier läme nur eine höherverzinsliche, mündelsichere Anlage in Frage; wir sind gern bereit, auf Wunsch nähere Auskunft zu erteilen.

So entziehen sich die Besitzenden der Steuerleistung, während die Besitzlosen auch den letzten Pfennig ihres Einkommens versteuern müssen.

## Die nationalsozialistische Mörderzentrale!

Hans Paasche das Opfer einer reaktionären Verschwörung.

Wir haben schon wiederholt festgestellt, daß Hans Paasche nicht durch eine Verletzung von unglücklichen Umständen seinen Tod fand, sondern daß er das Opfer einer planmäßigen reaktionären Verschwörung wurde. Diese Auffassung wird jetzt bestätigt durch eine Darstellung, die der Schriftsteller Max Kirsch auf Grund eigener Beobachtungen in der „Berliner Volkszeitung“ wiedergibt. Herr Kirsch, der ein persönlicher Freund Hans Paasches war, weist einwandfrei nach, daß Paasche planmäßig in eine Umkleekabine gelockt wurde. Als Paasche auf dem Wege vom See zu seiner Wohnung sich von Soldaten umstellt sah, suchte er nach einer Deckung, er wurde aber sofort von allen Seiten beschossen. Die Möglichkeit eines Fluchtversuchs war vollständig ausgeschlossen. Paasche fand sich, als die Schüsse auf ihn abgegeben wurden, in der Mitte seiner Verfolger, die ihn mit Leichtigkeit hätten festnehmen können, wenn es nicht ihre Absicht gewesen wäre, ihn zu erschließen.

Herr Max Kirsch stellt dann weiter fest, daß die Soldaten die Leiche mehrere Stunden im Walde liegen ließen. Erst auf die wiederholten Klagen der Hausdame wurde der Leichnam in die Wohnung gebracht und in ein Zimmer eingeschloß, zu dem niemand Zutritt hatte. Dort blieb die Leiche zwei Tage der Sonne ausgesetzt liegen, in der offensichtlichen Absicht, eine Untersuchung nach Möglichkeit zu erschweren. Als das Zimmer gegen den Befehl trotzdem geöffnet wurde, stellten zwei Gutsarbeiter, ehemalige Sanitäter, beim Waschen des Leichnams Spuren von Gewalttätigkeiten fest, die anscheinend von Kolbenkugeln herrührten. Herr Kirsch berichtet in der „Volkszeitung“ dann weiter:

„Der beste Beweis, daß Paasche in der Neumark nicht nur durch Zufall erschossen, sondern einem von Beobachtern zum Opfer gefallen ist, ergeben die Vorgeschichte des Mordes und seine Begleitumstände. Durch anonyme Anzeigen und durch fortwährende Drohungen von deutschnationaler Seite war Paasche bereits gewarnt worden und wußte genau, was ihm bevorstand. Sein Gut Waldfrieden liegt etwa 18 Kilometer nördlich von der Bahnhofsstation Kreuz. Der Weg nach dort führt zum größten Teil durch dichten Wald. In den letzten Wochen vor dem Mord war es mehrmals geschehen, daß der Paasche durchs ergabene Rasthaus seines Gutes, Christian Hufe, auf der Rückfahrt von der Bahn, die wegen der Absicht der Rüge meistens in den Nachstunden erfolgte, in besonders kritischer, völlig verlassener Gegend von bewaffneten Willkürhunden angehalten und durch Drohungen nach Paasche gefragt wurde. Außerdem bemerkte Paasche selbst auf den Fahrten von und zu der Bahn, daß er im Walde stets von Bewaffneten verfolgt und beobachtet wurde. Als er zwei Tage vor seiner Ermordung in Gesellschaft des Kunstmalers Lars, der sein Gut bewohnt, sich wiederum zur Bahn begab, um nach Berlin zu fahren, wo er geschäftlich zu tun hatte, beobachteten sie, wie ein Mann sie fortwährend mit einem Feldstecher blickerte.“

Kirsch fügt dann weiter aus, daß Paasche unter dem Eindruck dieser Geschehnisse stand, er wußte auch, daß er auf der Todesliste der Gegenrevolution verzeichnet war, die vor dem Kapp-Putsch herausgegeben wurde. Als er kurz vor dem Mord von Berlin zurückkehrte, stellte sich Hans Paasche den Wagen nicht zur Bahn, sondern er legte den 18 Kilometer langen Weg aufhohob der Hauptstraße durch den dichten Wald zu Fuß zurück. Er lehnte unterwegs bei befreundeten Leuten ein, diese waren über seinen erschöpften Zustand erschrocken, und Paasche erklärte ihnen, daß er sich nirgends Hilfe zeigen dürfe, denn er werde verfolgt. In unmittelbarem Anschluß daran wurde Paasche ermordet.

Herr Max Kirsch wußte am Pfingstmontag als Zeuge bei militärischen Untersuchungen bei, die von einem Kriegsgeschichtswissenschaftler geleitet wurde. Zwei auf der Terrasse befindliche Soldaten wurden Herrn Kirsch als die Mörder bezeichnet. Als Herr Kirsch auf die Leute zugeht und ihnen ihre unlose Verhalten harmlos machte, zeigten sie eine große Verärgerung. Sie wurden aber von dem Kriegsgeschichtswissenschaftler, der auffällig für die Partei nahm, beruhigt.

Die Ermordung Hans Paasches ist also ein neues Glied in der Kette der politischen Mordtaten, die im letzten Jahre von der Gegenrevolution herbeigeführt wurden. Die Feststellung, die der Nationalanwalt Hebecker die Kette im Ledebour-Prozess machte, daß in Deutschland eine Mörderzentrale bestehe, die sich die Befestigung von unglücklichen politischen Führern zum Ziele gesetzt habe, wird durch einen neuen Beweis erhärtet. Hans Paasche wird nicht das letzte Opfer dieser unglücklichen Gesellschaft gewesen sein. Ueberflüssig zu sagen, daß auch dieser Mord ebenjowenig eine Sühne finden wird, wie die Abschichtung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Leo Jogisches, Doerenbosch, der 22 Raitosen, der „Vorwärts“-Parlamentäre, der vier Spandauer Arbeiterführer und all der anderen unglücklichen Männer, die bisher von der Mörderzentrale planmäßig um die Gasse gebracht worden sind.

Von einem Arbeiter aus Wiesenthal wird uns zu der Ermordung Hans Paasches noch geschrieben: „Hans Paasche war ein Mann von herausragender, die ganzen Arbeiter in Wiesenthal und Umgebung hielten ihn in sich geschlossen. Er stand jedem mit Rat und Hilfe zur Seite. Und weil er das tat, mußte er von der Welt geschloß werden. Aber in uns wird er weiter leben, sein guter Geist wird Erden finden. Die Truppen, die das Gut Paasches umstellten, wurden von dem Oberleutnant Kraus geführt, der vorher eine Ansprache an sie hielt. Dann wurde ausgeschossen und das Schloß umstellt. Als Paasche vom Boden zurückkam und die Soldaten sah, sagte er: „Was, Militär hier?“ und wollte umkehren. Es wurde sofort auf ihn geschossen, und Paasche blieb auf der Stelle tot liegen. Bei der Durchsuchung der Wohnung Paasches wurde außer seinem Kopfgeld nichts gefunden. Die Soldaten nahmen aber die Maßnahme für die Gemeindeführer mit, wobei sie mit Bezug auf die darauf vermerkten Arbeiterlandboten sagten: „Die holen wir uns alle noch.“ Auch bei dem Führer Kraus wurde gehandelt, dabei wurden ihm aus einer offenen Kaffette 50 Mark gestohlen.“

Die braunschweigische Volksvertretung. Der neu gewählte Landtag des Braunschweig tritt am Dienstag, 3. Juni, zu seiner ersten Sitzung und zur Regierungsabteilung zusammen.

Uniformverbot im besetzten Ostland. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat am 8. 5. 20 eine Verordnung erlassen, wonach es deutschen aktiven Militärpersonen, Angehörigen der Sicherheitspolizei und sonstigen militärischen Hilfsorganisationen beim Aufenthalt in den besetzten Gebieten nicht gestattet ist, Militäruniform oder wesentliche Teile militärischer Bekleidung und Ausrüstung, sowie militärische Abzeichen zu tragen, es sei denn, daß sie eine besondere Erlaubnis der Rheinlandskommission oder der Armeekommandanten besitzen. Die Verordnung ist am 10. Mai in Kraft getreten.

Die tschechischen sozialistischen Parteien haben im Abgeordnetenhaus die Trennung von Staat und Kirche beantragt.



